



Interviews

Datum: 25. Juli 2024

**Interview mit Katja Meier, Grüne, Justizministerin Sachsen
zu: Übergriffe auf Politiker im Gespräch mit Christoph Heinemann.**

Christoph Heinemann: Der nächste wirft das Handtuch. Dirk Neubauer hat seinen vorzeitigen Rückzug aus der Politik angekündigt. Der parteilose Landrat des Kreises Mittelsachsen sagte zur Begründung: „Wir leben in Zeiten, in denen Mandatsträger quasi zum Freiwild erklärt werden.“ Neubauer sagte, er sei seit Monaten mit einer diffusen Bedrohungslage aus der rechten Ecke konfrontiert. Er gebe auf, weil zu viele den Mund hielten, so seine Wortwahl. Ein weiterer Grund: Er sieht keine Mehrheit für seine Politik.

Der erste Teil seiner Begründung fügt sich nahtlos ein in Yvonne Magwas' Rückzugserklärung. Die stellvertretende Präsidentin des Deutschen Bundestages möchte im kommenden Jahr nicht mehr kandidieren. Mit Blick auf ihr Bundesland Sachsen sagte die CDU-Politikerin, es werde gelogen, diskreditiert, gehetzt. Wörtlich: „Die Demokratie und ihre Institutionen werden von AfD, Freien Sachsen, Drittem Weg, NPD und wie sie alle heißen Tag für Tag und systematisch in Frage gestellt mit dem Ziel, sie abzuschaffen.“

Gestern äußerte sich Bundeskanzler Olaf Scholz.

O-Ton Olaf Scholz: „Wir müssen alles dafür tun, dass die Spaltungsunternehmer, die Polarisierungsunternehmer nicht den Ton in unserer Gesellschaft angeben. Die gibt es auch, die sind auch durch politische Parteien vertreten, wie zum Beispiel die AfD und das BSW, und deshalb ist es so wichtig, dass wir den Ton unserer gesellschaftlichen Debatte nicht von den Spaltern bestimmen lassen, sondern von denen, die über alle Parteigrenzen und über auch die Parteien hinweg auf Zusammenhalt und Zusammenarbeit setzen.“

Heinemann: Leichter gesagt als getan. – Am Telefon ist Katja Meier, die Staatsministerin der Justiz im Freistaat Sachsen, von der Partei Bündnis 90/Die Grünen. – Guten Morgen.

Katja Meier: Schönen guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Frau Meier, inwiefern haben die Spalter in Sachsen das Sagen?

Meier: In der Tat haben wir festgestellt und stellen wir fest, dass die Zeiten rauer geworden sind, dass der Ton aggressiver geworden ist, und insbesondere gegenüber kommunalpoli-

tisch Engagierten, aber auch – das Beispiel kam in der Anmoderation – gegenüber Bundestagsabgeordneten, der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Aber das ist kein Einzelfall in Sachsen, sondern wir erleben diese aufgewühlte Stimmung überall in der Republik, dass Menschen angepöbelt werden und bis in das private Umfeld – und das war ja auch ein Aspekt, den Dirk Neubauer als einen Rücktrittsgrund genannt hat -, direkt im privaten Umfeld. Das treibt mich wirklich um. Wir hatten in diesem Jahr, in diesem Frühjahr, im Juni die Kommunalwahlen, nicht nur hier in Sachsen, sondern auch in vielen anderen Bundesländern, und das führt am Ende auch dazu, dass Menschen sich zurückziehen und sagen, unter den Bedingungen, unter diesen Umständen möchte ich nicht mehr antreten, möchte ich mich nicht mehr für die Kommunalpolitik, für die Keimzelle unserer Demokratie einsetzen, weil ich das nicht nur mir nicht mehr antun möchte, sondern auch den Familien, den Ehepartnerinnen und Partnern und den Kindern.

Gleichzeitig haben wir aber auch festgestellt – Sie haben es anmoderiert, ich bin Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen -, dass bei dieser Kommunalwahl so viele wie noch nie auf unseren Kommunalwahl-Listen angetreten sind, weil sie dem auch was entgegensetzen wollten und wollen.

Heinemann: Frau Meier, ist Ihnen das auch schon mal passiert, dass Sie gesagt haben, dieses oder jenes sage ich nicht mehr aus Furcht vor einer Pöbelwelle oder gar Bedrohung?

Meier: Natürlich muss man als Politikerin und zumal, wenn man in so einem Amt ist, wie ich das bin, als Ministerin genau abwägen, wie und was man sagt, dass das, was man sagt, faktenbasiert ist. Deswegen tragen wir auch als Politikerinnen und Politiker ein Stück weit hier eine Verantwortung für das politische Klima, dass wir nicht mit Fake News argumentieren, um die Stimmung anzuheizen, sondern dass wir hier ganz klar bei den Fakten bleiben. Aber wenn ich mir die politischen Debatten und die politischen Diskussionen anschau, da trägt nicht nur die AfD zu einer Verrohung der Sprache bei, sondern das erleben wir zu Teilen auch bei der CDU.

Heinemann: Inwiefern?

Meier: Wenn es gerade um das Thema Migration zum Beispiel geht, habe ich den Eindruck in den letzten Monaten und Jahren gewinnen können, dass es hier eher um eine Politiksimulation geht und gar nicht um die wirklich ganz konkreten Lösungen vor Ort. Jetzt haben Ende letzten Jahres die Ministerpräsidenten gemeinsam beschlossen, dass die Asylverfahren nur drei beziehungsweise sechs Monate dauern sollen, wo ich sage, natürlich bin ich dafür, dass es schnellere Verfahren gibt, nicht nur im Bereich Asyl, sondern auch in anderen Bereichen. Dafür brauche ich aber gut ausgestattete Gerichte. Andere Ministerpräsidenten sind dann zu

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

ihren Justizministerinnen und Ministern gegangen und haben gesagt, wir brauchen hier mehr Stellen, wir brauchen mehr gut ausgebildete Juristinnen und Juristen in den Gerichten. Der sächsische Ministerpräsident, den ich hier an der Stelle auch angeschrieben habe und das auch sehr klar formuliert habe, wo hier die Fehlstellen sind, hat bis heute nicht auf meinen Brief reagiert. Wir haben an anderer Stelle versucht, Verfahren zu bündeln, aber auch hier stoßen wir auf Seiten der CDU auf Widerstand. Da sage ich, lasst uns doch das angehen, was möglich ist, und nicht was simulieren, was dann am Ende nicht funktioniert und dann auch noch zu mehr Protest auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger führt.

Heinemann: Frau Meier, sollte man Probleme im Zusammenhang mit der Migration verschweigen?

Meier: Nein, selbstverständlich nicht. Wir müssen diese Themen selbstverständlich ansprechen. Aber wir müssen auch ganz konkrete Lösungen in dem Bereich liefern, wenn es einerseits um beschleunigte oder schnellere Verfahren in den Gerichten geht, aber auch, wenn es um die Frage von Integration geht. Allein im Freistaat Sachsen – aber das sehen wir überall in der Bundesrepublik – haben wir einen massiven Mangel an Fach- und Arbeitskräften und auch da hat zum Beispiel Dirk Neubauer als Landrat in Mittelsachsen ganz konkrete Vorschläge unterbreitet, wie man Menschen, die hier hergekommen sind, schneller in Ausbildung, in Arbeit bekommt, ist aber mit seinen Vorschlägen, weil er auch die Mehrheiten hier im Kreistag dafür braucht, nicht durchgedrungen, und das treibt mich dann schon um, wenn es wirklich auch ganz konkrete Vorschläge gibt, dass die dann nicht angegangen werden, sondern stattdessen Scheinlösungen vorgeschlagen werden.

Heinemann: Noch mal zurück zu Dirk Neubauer. Warum halten zu viele Bürgerinnen und Bürger den Mund?

Meier: Das war ja auch ein Grund, warum Dirk Neubauer sich zurückgezogen hat, dass er gesagt hat, dass zu wenig Menschen den Mund aufmachen, wenn Demokratinnen und Demokraten, die sich für unsere Demokratie einsetzen, angegriffen werden. Deswegen verwundert es mich an der Stelle auch – zumindest habe ich es noch nicht wahrgenommen –, dass sich ein Ministerpräsident in Sachsen, Michael Kretschmer, dazu äußert, wenn sich Menschen – und das ist ja nicht nur Dirk Neubauer, Sie haben es in der Anmoderation gesagt; es ist auch Yvonne Magwas gewesen, die letzte Woche angekündigt hat, für den nächsten Bundestag nicht wieder zu kandidieren, weil zu wenig Menschen, zu wenig Demokratinnen und Demokraten an der Stelle aufstehen und ganz klar sagen, das ist nicht der Umgang, den wir uns miteinander wünschen. Natürlich brauchen wir den politischen Streit, das ist doch gar

keine Frage. Aber es muss da ein Stoppschild geben, wo es um Gewalt und Hass und Hetze geht. Das kann nie eine Rechtfertigung für Streit und politischen Widerspruch sein.

Heinemann: Frau Meier, zur Strategie der Hetzer oder derjenigen, die drohen, gehört, viele gegen eine Person, was auf jedem normalen Schulhof schon als unfair gilt. Wie könnte eine solche geplante Vereinzelung der Opfer aufgebrochen werden?

Meier: Wir haben als Freistaat Sachsen nicht erst seit Dirk Neubauer und Yvonne Magwas diese Vorfälle, sondern wir haben das auch schon viele Jahre beobachtet, dass sich Kommunalpolitiker, die das ja in der Regel auch ehrenamtlich machen, neben ihrem Beruf nebenher sich für die Kommune einsetzen, angegriffen werden, dass sie auch aufgrund dieser Angriffe sich zurückziehen, ihr Amt aufgeben. Es gab auch Bürgermeister*innen, die das getan haben, es gab Kommunalpolitiker, Politikerinnen, die gesagt haben, ich trete bei der Kommunalwahl nicht wieder an, weil sie nicht diesen Schutz genießen, den wir als Landtagsabgeordnete oder als Ministerinnen und Minister genießen. Diese Einschüchterungsversuche, dieses Eindringen in das direkte private Umfeld, direkt vor der Haustür, das ist in vielen Fällen aktuell nicht strafbar. Deswegen haben wir uns als Justizministerium, habe ich mich als Justizministerin diese ganz konkreten Fälle angeschaut. Wir haben auch bei uns im sächsischen Kabinett über ganz konkrete Vorfälle gesprochen und haben festgestellt, dass gerade diese Einschüchterungsversuche, von denen ich gesprochen habe, die Sie als Beispiele genannt haben, aktuell nicht strafbar sind. Deswegen haben wir geschaut, ...

Heinemann: Sollten sie es sein?

Meier: Ja, genau! Und weil wir festgestellt haben, dass es sein sollte, haben wir uns hingestellt und haben geschaut, wo könnte hier eine Möglichkeit sein, das im Strafgesetzbuch zu verankern, und haben hier einen entsprechenden Vorschlag nicht nur erarbeitet, sondern diesen Gesetzentwurf auch in den Bundesrat eingebracht, der in der letzten Sitzung vor der Sommerpause Anfang Juli im Bundesrat eine breite Mehrheit der Bundesländer gefunden hat. Jetzt liegt es am Bundestag, diese Vorschläge aufzugreifen und dann im Strafgesetzbuch zu verankern.

Heinemann: Frau Meier, Yvonne Magwas hat gesagt, in ihrer Heimat, dem Vogtland, sei sehr viel Positives erreicht worden und das müsse häufiger gesehen werden. Sie wünsche sich, dass wir zuerst positiv über unsere Heimat und unser Land sprechen. Fällt das Positive zu häufig unter den Tisch?

Meier: Da muss ich Yvonne Magwas absolut recht geben. Ich weiß nicht, ob es eine deutsche Mentalität oder eine sächsische Mentalität ist, dass man immer erst mal meckert und erst mal das sagt, was irgendwie schlecht ist, anstatt auch das Erreichte. Gerade wenn ich auf 34 Jahre Sachsen, 34 Jahre seit der friedlichen Revolution zurückschaue, sehe ich ja, was dieses Land, was vor allem diese Menschen in diesem Land wirklich geschafft haben. Die wirtschaftliche Prosperität in diesem Land ist enorm hoch und darauf zu schauen und zu sagen, Mensch, das haben wir alle miteinander geschafft, das auch nach vorne zu stellen, das halte ich für elementar wichtig, ohne die Herausforderungen, vor denen wir stehen, die bedingt sind durch den Klimawandel, durch den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, die da sind, auch was die Frage von Ausbau erneuerbarer Energien angeht. Natürlich sind diese Herausforderungen da, auch die Frage von Migration, und genau diese Probleme müssen wir auch angehen. Aber auch hier haben wir in den verschiedenen Bereichen Erfolge und die müssen wir nach vorne stellen und darüber – und das wird jetzt auch Aufgabe für die Landtagswahl sein, die hier am 1. September in Sachsen ist – mit den Menschen noch mal ganz konkret ins Gespräch zu kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.